



Trans- oder Südkaukasien umfasst die drei unabhängigen Republiken Armenien, Aserbaidschan und Georgien. Durch Sezessionskriege ist die Region jedoch politisch und wirtschaftlich zerstückelt. So gehören zum Staatsterritorium Georgiens zwar offiziell die autonomen Gebietskörperschaften Abchasien, Adscharien und Südossetien, doch gelten Abchasien und Ossetien als »abtrünnig« und werden faktisch nicht zentral regiert. Bis zu 300 000 Binnenflüchtlinge belasten die politische und soziale Entwicklung der Region. Ähnlich verhält es sich mit Aserbaidschan, zu dessen Territorium als Exklave die Autonome Republik (AR) Nachitschewan und als Enklave das Autonome Gebiet (AG) Nagorny-Karabach zählen. In bewaffneten Kämpfen verlor Aserbaidschan – das Foto zeigt Präsident Ilham Alijew am 5. Februar 2004 während eines Staatsbesuchs in Moskau – bis zum Frühjahr 1994 jedoch nicht nur die Oberhoheit über Nagorny-Karabach, sondern auch über acht benachbarte Bezirke mit zusammen fast 10 000 km² Fläche: Rund 20 Prozent des aserbaidschanischen Staatsgebietes sind von armenischen Truppen besetzt. Die Vertriebenen leben u.a. in Flüchtlingslagern, ein Großteil der armenischen Bevölkerung emigrierte nach Russland oder Armenien. Die Verbindungen zwischen der Republik Armenien und Aserbaidschan sind auf allen Ebenen unterbrochen.

Die Entstehung der unabhängigen Staaten Georgien, Armenien und Aserbaidschan

In der westlichen Wahrnehmung wird das Ende der Sowjetunion (1991) vor allem mit den damaligen Konflikten um die Unabhängigkeit des Baltikums verbunden. Wenig bekannt ist, dass seit 1988 auch die südkaukasischen Republiken Georgien, Armenien und Aserbaidschan eine zentrale Rolle im Zerfallsprozess der Union spielten. In Kaukasien fanden blutigste Kämpfe zwischen Bevölkerung und Roter Armee statt (Tiflis 9. April 1989, Baku 19./20. Januar 1990). Hunderttausende versammelten sich zu Protestaktionen auf den zentralen Plätzen der Hauptstädte. Streiks legten Wirtschaftszweige und Transportwege lahm, Flüchtlings- und Migrationsströme wurden in Gang gesetzt, welche die ethnische, religiöse und soziale Struktur der Region veränderten.

Charakteristisch für den Weg der drei südkaukasischen Staaten in die Unabhängigkeit war die Überlagerung verschiedener Konfliktebenen und -typen: Das Ringen um größere Souveränität bzw. Unabhängigkeit der Republiken gegenüber der Moskauer Zentralgewalt ging einher mit örtlichen Konflikten zwischen Republiksgewalten und nationalen Gebietskörperschaften (Autonomen Republiken oder Gebieten). Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Ethnien begleiteten politische Kämpfe innerhalb der nationalen Eliten.

In Armenien setzte unter den Bedingungen von *Glasnost* und *Perestroika* eine intensive öffentliche Diskussion über historische Tabuthemen ein (beispielsweise wurde bis in die 1960er-Jahre der Genozid an den Armeniern im Osmanischen Reich 1915 nicht offiziell thematisiert). Das verbindende Trauma des Völkermords und einer »türkischen Bedrohung« (Aserbaidschaner gehören zu den Turkvölkern) sowie die Erinnerungen an ein »Großarmenisches Reich« schürten einen Patriotismus, den die Karabach-Bewegung für die Eroberung des Gebietes sowie für die Machtergreifung in Jerewan zu nutzen verstand. In Aserbaidschan wiederum wurde, vor dem Hintergrund von Diskussionen um Geschichte, Sprache und Religion als

nationale Identitätskriterien, der Streit um das Territorium Nagorny-Karabach zum entscheidenden Katalysator bei der Formierung der aserbajdschanischen Volksfrontbewegung und führte letztlich zum Kampf um die Unabhängigkeit. In Georgien schließlich standen die gewaltsame Annexion und die erzwungene Zugehörigkeit zur Sowjetunion im Mittelpunkt der Aufbruchbewegung.

Ging die Auflehnung gegen Fremdbestimmung und Zentralismus vor allem von der Bildungselite aus, drängten in die politischen Kämpfe zur Erringung der Unabhängigkeit zunehmend auch Reformen und Altkommunisten aus den Reihen der Nomenklatura. Während sich in Georgien und Aserbaidschan die Führer der Bürgerbewegungen (Swiad Gamsachurdia in Georgien, Abulfas Eltschibei in Aserbaidschan) nur kurze Zeit als Präsidenten an der Macht halten konnten, setzten sich in Armenien die nationalen Kräfte der Karabach-Bewegung gegen die alte Jerewaner KP-Nomenklatura durch. Mit Unterstützung der Diaspora und Russlands gelang – freilich um den Preis der wirtschaftlichen Isolation – die Schaffung eines ethnisch homogenen Staates. Ebenso wie in Armenien kam auch in Georgien und Aserbaidschan ein Präsidialsystem nach der kommunistischen Regierung. Allerdings folgte dem Zwischenspiel der national-demokratischen Regierungen unter dem Druck von Bürgerkriegen (Abchasien, Ossetien, Karabach) und der Konfrontation mit Moskau die Rückkehr von Leitfiguren der Breschnew-Ära zur Macht: Eduard Schewardnadse in Georgien und Gaidar Alijew in Aserbaidschan. Beide Länder errangen ihre Unabhängigkeit nach dem Verlust wichtiger Territorien sowie tief greifenden demokratischen Reformen. In Georgien vollzog sich in Folge der »Rosenrevolution« 2003 ein Generationswechsel, der reformbereite »Schüler« Schewardnadses an die Macht brachte. Damit ging dort die Ära der »gewendeten Altkommunisten« und die »post-sowjetische Zeit« zu Ende. Eine solche Entwicklung steht in Aserbaidschan bis heute aus. Das an Erdöl und Erdgas reiche Land vollzog unter den Augen Amerikas und Westeuropas ebenfalls einen Generationswechsel, doch blieb es hier bei einer dynastischen Übergabe der Macht vom Vater Gaidar Alijew an seinen Sohn Ilham (seit 2003), und dies zu Lasten erster Anfänge von Demokratie.

Die unabhängigen Staaten Georgien, Armenien und Aserbaidschan 1990/91



Die hiermit angedeuteten Gemeinsamkeiten und Unterschiede der bisherigen Entwicklungen in Georgien, Armenien und Aserbaidschan fordern freilich einen genaueren Blick, um die Komplexität der heutigen Situation in der Region erklären zu können.

Konflikte als Identität stiftende Faktoren? Der Weg Georgiens in die Unabhängigkeit

Als im Mai 1990 Swiad Gamsachurdia mit dem Bündnis »Runder Tisch – Freies Georgien« als einziger Radikaler zu den Wahlen zum Obersten Sowjet Georgiens antrat, führte er seinen Wahlkampf unter einer dunkelrot-schwarz-weißen Flagge, die schon von 1918 bis 1921 Staatssymbol der Republik gewesen war, und nach der Unabhängigkeitserklärung Georgiens vom 9. April 1991 bis 2004 erneut offizielles Banner des Landes wurde. Rot stand für eine leuchtende Vergangenheit, Schwarz für die dunklen Erfahrungen unter russischer und sowjetischer Herrschaft und Weiß für die Hoffnung auf eine friedliche Zukunft. Sicher ahnte zu dieser Zeit niemand, dass damit auch die Hauptprobleme der zukünftigen Entwicklung symbolisiert wurden. Das von Mythen überlagerte historische Selbstverständnis einer »alten georgischen Kulturnation« stand im Gegensatz zu den geringen Erfahrungen als moderne Staatsnation sowie zu einer kaum entwickelten Zivilgesellschaft. Das Verhältnis zur russisch-sowjetischen Vergangenheit blieb zwiespältig und setzte sich auf der außenpolitischen Ebene gegenüber der Russischen Föderation in einem Konfrontationskurs fort. Und auch die Hoffnung auf einen einheitlichen Nationalstaat in Frieden blieb Fiktion. Die Auflehnung gegen Fremdbestimmung und Zentralismus mündete in einen Bruderkrieg.

Ein kurzer historischer Rückblick erhellt dessen Vorgeschichte. Nach 1956 (»Tauwetterperiode«) wuchs wie in anderen Unionsrepubliken mit den so genannten Dissidenten eine Nationalbewegung heran, die bis Mitte der 1990er-Jahre die politische Szene Georgiens beeinflusste. Führende Vertreter waren der Anglistikprofessor Swiad Gamsachurdia (1939–1993) und der Musikwissenschaftler Merab Kostawa (1939–1989). Ermuntert vom Helsinki-Prozess, entstanden von Anfang der 1970er-Jahre an kleine Dissidentengruppen, welche die Auseinandersetzung um die georgische Sprache und das kulturelle Erbe Georgiens in den Mittelpunkt der Bürger- und Menschenrechtsdiskussion stellten. In der Reformperiode unter Michail Gorbatschow bildete sich von Tiflis ausgehend eine resolute Bewegung für die staatliche

Unabhängigkeit. Dabei drifteten die politischen Kräfte allerdings insbesondere in Fragen des Verhältnisses der georgischen Titularnation zu ethnischen Minderheiten und ethnisch-territorialen Gebietskörperschaften auseinander. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage ging einher mit der Ethnisierung politischer Konflikte. Bereits im März 1989 forderten die Abchasen öffentlich russischen Schutz für die Wahrung ihrer Autonomierechte gegenüber der georgischen Zentralmacht in Tiflis. Gegenseitige Vorwürfe und Übergriffe auf beiden Seiten waren die Folge. Die Frage wurde zum zentralen Thema der aus mehreren Parteien bestehenden Nationalbewegung. Einem Hungerstreik der Aktivisten schlossen sich Tausende an. Die gewaltsame Auflösung einer Demonstration unter Einsatz von Giftgas am 9. April 1989 durch Truppen des Innenministeriums Georgiens und der Roten Armee mit 19 Todesopfern (darunter 16 Frauen, 3000 Verletzte) wurde zum traumatischen Ereignis und radikalisierte die georgische Gesellschaft. Der Zerfall der Kommunistischen Partei (KP) und des von ihr getragenen Institutionen-, Normen- und Wertesystems war unaufhaltsam.

Am 26. August 1990 erklärte der Oberste Sowjet Abchasiens in Suchumi die Wiedereinsetzung der Verfassung von 1925 (und damit de facto die Unabhängigkeit), während Swiad Gamsachurdia mit seinem Wahlbündnis »Runder Tisch – Freies Georgien« unter nationalistisch-zentralistischen Losungen in den Wahlkampf zum Obersten Sowjet Georgiens zog und Ende Oktober siegte. Der neue Oberste Sowjet wählte ihn am 14. November 1990 zum Parlamentsvorsitzenden. Zugleich wurde ein Gesetz verabschiedet, das sich für die staatliche Unabhängigkeit und gegen einen neuen von Gorbatschow geplanten Unionsvertrag aussprach. Am 9. April 1991 erklärte Georgien seine Unabhängigkeit, und am 26. Mai 1991 siegte Gamsachurdia mit 86 Prozent der Wählerstimmen bei den ersten freien Präsidentschaftswahlen. In den folgenden Monaten unterdrückte er sowohl die radikal-nationalistische als auch demokratische Opposition, schränkte die Pressefreiheit ein und behandelte jede Kritik an seinem Regierungsstil als Vaterlandsverrat. Hart und konfliktverschärfend war sein Kurs gegenüber ethnischen Minderheiten. Durch Gesetzesänderungen erweiterte er die eigenen Machtbefugnisse, während lokale Kriegsherren und kriminelle Banden-

führer seine persönlichen Ambitionen zu kontrollieren suchten. Spätestens ab Oktober 1991 starben Georgier an mindestens zwei Fronten: erstens beim Sturz Gamsachurdias und seiner Anhänger durch die putschende Nationalgarde unter General Tengis Kitowani im Bündnis mit paramilitärischen Verbänden unter Jaba Ioseliani sowie zweitens als Zivilisten und Soldaten im Bürgerkrieg in Abchasien.

Konsolidierung und Staatszerfall unter Schewardnadse

Auch der von der »Demokratischen Bewegung Georgiens« am 5. März 1992 eingesetzte militärische Staatsrat unter Vorsitz von Eduard Schewardnadse konnte die Situation nur allmählich entspannen. Bis Ende 1995 stabilisierten sich die politischen Verhältnisse in Georgien. Eine neue demokratische Verfassung sowie verschiedene Reformprojekte wurden verabschiedet. Schewardnadse wurde mit 72,9 Prozent der abgegebenen Stim-

men zum Präsidenten gewählt. Die »Bürgerunion Georgiens« unter dem Vorsitz des Präsidenten ging mit 108 von 233 Mandaten als stärkste Kraft aus den Parlamentswahlen hervor. Zugleich zeigte sich bereits hier erneut die »Kinderkrankheit« der Nationalbewegung: Von 54 angetretenen Parteien konnten nur drei mehr als fünf Prozent der Stimmen gewinnen. Die Zer-



Oppositionelle feiern am 6. Januar 1992 vor dem Präsidentenpalast in Tiflis ihren Sieg. Nach zweiwöchigen Kämpfen stürzten die Milizen Präsident Gamsachurdia, der aus seinem belagerten Palast nach Armenien floh.

splitterung dieser Gruppen in persönliche Gefolgschafts- oder Bruderschaftsparteien ging weiter. Opposition, Parlament und Medien sollten sich zunehmend als zu schwach erweisen, um die Macht des Präsidenten zu kontrollieren, geschweige denn einzudämmen. Attentatsversuche und Verschwörungen gegen Schewardnadse, dem ein »Verzicht auf Abchasien«, »Abhängigkeit von Russland« und Verfolgung politischer Dissidenten vorgeworfen wurden, boten immer wieder Vorwände für die Wiederbelebung von Netzwerken der Sowjetzeit und für eine Monopolisierung der Macht. Die Wahlen 1999 bestätigten die Position der »Bürgerunion Georgiens« für die Legislaturperiode bis zum Herbst 2003, aber spätestens seit Herbst 2001 veränderte sich die Parteienlandschaft zu Ungunsten des Präsidenten. Im Vorfeld der Parlamentswahlen am 2. November 2003 waren die Mehrheitsverhältnisse nicht mehr eindeutig bestimmbar.

Staatliche Erneuerung: »Junge Reformer« an die Macht

Die Gründe für zunehmende Kritik an der Regierung blieben vielfältig. Zu offensichtlich waren die ungelösten Probleme des Landes geworden, die auch ausländische Partner nicht mehr finanziell ausgleichen wollten. Wurde Georgien lange Zeit von europäischer (vor allem deutscher) Seite als wichtigster Partner in der Region gesehen, beeinträchtigten politischer Stillstand, Korruption und Reformstau dieses Bild. Die spürbare Verarmung der großen Mehrheit der Bevölkerung bei gleichzeitiger Bereicherung weniger Clans, die zusätzlichen Belastungen des sozialen Netzes durch ca. 300 000 Flüchtlinge und nicht zuletzt die ungelösten Territorialkonflikte verbitterten die Bevölkerung. Die Speerspitze der Protestbewegung bildeten »Junge Reformer« (meist politische Ziehkinder Schewardnadses), deren Machtinteressen nach den Wahlen 2000 nicht ausreichend berücksichtigt worden waren. Die Nationale Bewegung unter Michail Saakaschwili und die Vereinigten Demokraten unter Surab Schwania und Nino Burdschanadse stellten sich an die Spitze der Opposition, als es in Folge der undemokratischen Parlamentswahlen am

Der georgisch-abchasische Konflikt

Die international nicht anerkannte Republik Abchasien mit ihrem gewählten Präsidenten Sergei Bagapsch verlangt die Unabhängigkeit von der Republik Georgien. Abchasien (8600 km²) besitzt eine eigene, bis ins Mittelalter zurückreichende dynastische Tradition mit Bindungen an das georgische Königshaus. Nach der Besetzung durch die Rote Armee im März 1921 wurde die Sozialistische Sowjetrepublik (SSR) Abchasien ausgerufen. Beim Abschluss des Unionsvertrages von 1922 gehörte die SSR Abchasien noch zu den gleichberechtigten Republiken der Transkaukasischen Sozialistischen Sowjetrepublik (1922–1936), 1931 erfolgte die Umwandlung in eine Autonome Sowjetrepublik innerhalb Georgiens. In dieser Gebietskörperschaft wurden die Abchasier zur Minderheit (1989: 17 Prozent Abchasier, 46 Prozent Georgier).

Die Abchasier forderten zunächst nur die Anerkennung ihrer Sprache, ein eigenes Schulsystem sowie ein Ende der wirtschaftlichen Ausbeutung durch die Zentralgewalt, erklärten jedoch am 23. Juni 1992 ihre staatliche Unabhängigkeit. Gegenwärtig ringt Abchasien um internationale Anerkennung und wirtschaftliche Aufbauhilfe, wofür es sich eng an Russland anlehnt. Georgien besteht auf die Wiederherstellung seiner territorialen Integrität.

Die Zahl der Toten in diesem Konflikt wird mit etwa 10 000 angegeben, über 300 000 Menschen wurden zu Flüchtlingen. Der Abchasienkonflikt destabilisiert den georgischen Transformationsprozess. Seit Mai 1994 gilt ein insgesamt eingehaltener Waffenstillstand. Peacekeeping-Truppen der GUS (ca. 3000 Mann) besetzten eine zwölf Kilometer breite Demarkationslinie am Inguri-Fluss. Vereinte Nationen (UN) und OSZE schufen im November 1997 in Genf verbesserte Voraussetzungen für eine politische Konfliktlösung. Die Beobachtergruppe UNOMIG soll die Einhaltung des Waffenstillstands überwachen (vgl. den Beitrag von Magnus Pahl). Der Streit um Abchasien bot Russland günstige Chancen zur Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung seines Einflusses in der Region.

2. November 2003 zu Massendemonstrationen kam. Am 22. und 23. November mündete die Stürmung der konstituierenden Sitzung des Parlaments in den Rücktritt von Staatspräsident Schewardnadse. In den durch die »Rosenrevolution« notwendig gewordenen Wahlen wurde im Januar 2004 Michail Saakaschwili mit rund 96 Prozent der abgegebenen Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt.

Trotz einiger Teilerfolge (Beilegung der Spannungen mit Adscharien, Schließung russischer Militärstützpunkte, Anti-Korruptionskampagnen in Polizei und Armee, Investitionsförderung, Infrastrukturprojekte, Stabilisierung des Staatsbudgets, Wirtschaftswachstum, erstmals Kommunal- und Lokalwahlen) und einer gezielten Orientierung nach Westen (Bitte um Aufnahme in die NATO, EU) geriet aber auch die Politik Saakaschwilis immer stärker ins Fadenkreuz der Kritik. Eine Verfassungsänderung von 2004 schrieb seine fast unbeschränkte Macht fest. Unzureichende Transparenz bei der Privatisierung von Staatseigentum, anhaltende Arbeitslosigkeit und Verarmung sowie das gestörte Verhältnis zu Russland bildeten weitere Kritikpunkte.

Vor diesem Hintergrund konsolidierte sich im Herbst 2007 der größere Teil der zersplitterten Opposition im Bündnis »Nationaler Rat«, forderte baldige Parlamentswahlen und rief zu Protestkundgebungen gegen die Regierung auf. Am 7. November 2007 lösten Ordnungskräfte eine Demonstration im Stadtzentrum von Tiflis gewaltsam auf, bis zum 16. November herrschte der Ausnahmezustand mit weitgehender Einschränkung der Presse- und Versammlungsfreiheit. Gleichzeitig erklärte der Präsident, sich am 5. Januar 2008 vorgezogenen Präsidentschaftswahlen zu stellen. Unter sieben Kandidaten wurde Präsident Saakaschwili mit 53 Prozent der Stimmen für eine zweite Amtszeit wieder gewählt; der Kandidat des Oppositionsbündnisses erhielt 25 Prozent.

Die Opposition reagierte mit Protesten gegen das Wahlergebnis, während die EU mit der Ablehnung einer zeitnahen Aufnahme Georgiens ihrer Skepsis gegenüber den georgischen Entwicklungen Ausdruck verlieh. Die Parlamentswahlen im Mai 2008 endeten mit einem umstrittenen Wahlsieg der »Nationalen Bewegung« Saakaschwilis und wurden begleitet von zahlreichen Demonstrationen der Opposition. Es wird sich zeigen, ob

Der ossetisch-georgische Konflikt

Die Osseten gelten als Nachfahren der nordost-iranischen Skythen und Sarmaten und damit auch der Alanen iranischer Herkunft, die seit dem 5. Jahrhundert von Byzanz bzw. Georgien aus christianisiert wurden. Seit 1767 erfolgten die Eingliederung ins Russische Reich und die Zwangsmissionierung durch die Russisch-Orthodoxe Kirche. Mit der Ausrufung der Demokratischen Republik Georgien am 22. April 1918 begannen heftige Kämpfe, die am 20. April 1922 mit der Eingliederung Südossetiens als Ossetisches Autonomes Gebiet (AG) in die Georgische SSR endeten, während Nordossetien zwei Jahre später den Rang eines Nationalen Kreises erhielt und 1936 zur Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik Ossetien innerhalb der Russischen SSR aufstieg. 1989 lebte hier die Hälfte der 598 000 Osseten, etwas mehr als zehn Prozent siedelten im Autonomen Gebiet und insgesamt 164 000 Osseten im übrigen Georgien. Den Konflikt mit Georgien verschärften das georgische Unabhängigkeitsbestreben und der Streit um Staatsbürgerschaftsregelungen beim Zerfall der Sowjetunion. 1989 entstand eine »Südossetische Volksfront«, welche die Benachteiligung gegenüber dem georgischen Kernland beklagte und die Vereinigung mit Nordossetien forderte. Am 20. September 1990 deklarierte Südossetien seine Souveränität. Georgien unter Gamsachurdia reagierte mit Ausnahmezustand und Aufhebung des Autonomiestatus. Die militärische Konfrontation und interethnische Auseinandersetzungen wurden vorläufig durch die russisch-ossetisch-georgische Waffenstillstandsvereinbarung von Sotschi vom 24. Juni 1992 beendet, was jedoch den Konflikt nicht dauerhaft entschärfen konnte. Im Oktober 1992 begannen bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Inguschen und Osseten im Gebiet um die nordossetische Hauptstadt Wladikawkas, zahlreiche Flüchtlinge drängten nach Südossetien. Der Konflikt um Südossetien, der während der Ära Schewardnadse wenig Beachtung fand, eskalierte im Juli und August 2004 erneut. Seit dem 20. August 2004 hält eine Waffenstillstandsvereinbarung. Am 5. November 2004 trafen sich der damalige Premierminister Surab Schwania und der Sezessionistenführer Eduard Kokoiti erneut im russischen Sotschi und vereinbarten u.a. eine Demilitarisierung der Kampfzone. Eine gemeinsame Friedenstruppe (Joint Peacekeeping Forces, JPKF) von 1500 Mann aus Verbänden

der ehemaligen Konfliktparteien (russisch, nordossetisch, georgisch) unter russischem Kommando soll den Waffenstillstand überwachen. Ein im November 2006 in Südossetien durchgeführtes Referendum für die Unabhängigkeit des Gebiets fand international keine Anerkennung, die EU bekräftigte vielmehr erneut das Ziel einer territorialen Integrität Georgiens. Im Frühjahr 2007 setzte die Regierung in Tiflis eine für alle politischen Kräfte offene Statuskommission sowie eine Übergangsverwaltung unter Leitung des Südosseten Dmitri Sanakojew ein. Im Konflikt in und um Ossetien starben bislang mehr als 1000 Menschen, über 20 000 Georgier flohen in den Süden, und ca. 100 000 Südosseten aus ganz Georgien nach Nordossetien. Im Zuge des neuen Staatsbürgerschaftsgesetzes der Russischen Föderation beantragten viele Südosseten die russische Staatsbürgerschaft. Für Georgier herrscht dort Visapflicht.

es Staatsführung und Zivilgesellschaft – die zumindest in Tiflis ausgebildet ist – gelingt, einen Kompromiss zu finden, um die Macht informeller Netzwerke zu überwinden sowie im Interesse des Landes Exekutive, Legislative und die georgische Gesellschaft miteinander auszusöhnen. Zugleich wird für den weiteren Reformprozess entscheidend sein, ob eine Normalisierung der Beziehungen zur Russischen Föderation gelingt, und realistische Schritte auf dem Weg zu einem Einheitsstaat gegangen werden.

Nagorny-Karabach als einigender Faktor der armenischen Nationalbewegung

Bis heute steht der Fall Armenien für eine dauerhafte Ablösung der kommunistischen Eliten durch nationalistische Akteure. Obwohl die armenischen Amtsträger ebenfalls zur Nomenklatura gehörten und beispielsweise Karrieren im Komsomol oder in der Roten Armee hinter sich haben, erwies sich Armenien insgesamt doch als einziges Land der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) sowohl in Präsidentschafts- als auch Parlamentswahlen resistent

gegenüber ehemaligen KP-Führern. Die Eigenart der armenischen Entwicklung ist damit freilich nicht ausreichend beschrieben.

Wie die erste Strophe der armenischen Nationalhymne symbolisiert, ist das Trauma der ewigen Verfolgung ein zentraler Identifikationsfaktor für alle Armenier. Der Kampf um die Anerkennung des Völkermordes von 1915 im Osmanischen Reich und der Anschluss »armenischer Siedlungsgebiete« wurden auch zu Kristallisationspunkten der Dissidentenbewegung. In Fortsetzung von Traditionen der 1966 gegründeten »Nationalen Vereinigungspartei« forderte das Jerewaner Helsinki-Komitee seit Mitte der 1970er-Jahre die »Wiederherstellung der nationalen Staatlichkeit auf dem gesamten Territorium des historischen Armenien« und die nationale Wiedergeburt eines unabhängigen Staates. *Glasnost* und *Perestroika* schienen günstige Bedingungen für Grenzverschiebungen zu bieten. Ab dem 12. Februar 1988 demonstrierten Armenier in Stepanakert, der Hauptstadt des zur Republik Aserbaidschan gehörenden »Autonomen Gebietes Nagorny-Karabach« (Berg-Karabach), rasch schlossen sich Orte in Armenien an. Gewaltsame Ausschreitungen und Ströme von Aserbaidschanern, die aus Armenien flohen, markierten die Eskalation des Konfliktes. Erfolge bei der »ethnischen Säuberung« Armeniens und Karabachs sowie der Beginn einer aserbaidischen Blockade führten die verschiedenen Strömungen der Nationalbewegung um das bereits 1987 gegründete »Karabach-Komitee« in einer »Armenischen Allnationalen Bewegung« zusammen. Deren Sprecher, Lewon Ter-Petrosjan, trat im Ergebnis von Neuwahlen zum Obersten Sowjet Armeniens (1989) als erster Nicht-Kommunist sein Amt als Parlamentspräsident an und verkündete am 23. August 1990 den »Übergang zur Erlangung staatlicher Unabhängigkeit«.

Am 21. September 1991 beschlossen 94 Prozent der wahlberechtigten Armenier in einem Referendum den Austritt aus der UdSSR, am 16. Oktober 1991 wurde Ter-Petrosjan in direkter Wahl mit 83 Prozent der Stimmen zum ersten Staatspräsidenten gekürt, und am 5. Juli 1995 fanden die ersten freien Parlamentswahlen statt. Der politische Wechsel war damit weitgehend vollzogen.

Die Verfassung vom 5. Juli 1995 verankerte ein Regierungssystem, in dem neben der parlamentarisch verantwortlichen

Der armenisch-aserbaidtschanische Konflikt um Nagorny-Karabach

Seit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert kam es immer wieder zu blutigen armenisch-aserbaidtschanischen Zusammenstößen. 1989 lebten 391 000 Armenier in Aserbaidtschan und 161 000 Aserbaidtschaner in Armenien. Bis zur Oktoberrevolution 1917 war das damalige Gouvernement Jelisawetpol zum ethnisch und religiös heterogensten Gebiet Russlands geworden, auf welches ab Sommer 1918 die bürgerlichen Regierungen Armeniens und Aserbaidtschans gleichermaßen Anspruch erhoben. Ein »Provisorisches Abkommen« sprach am 22. August 1919 unter der Bedingung einer administrativen und kulturellen Autonomie für die Armenier Nagorny-Karabach den Aserbaidtschanern zu. Nach Errichtung der Sowjetmacht schrieb der Russisch-Türkische Friedensvertrag vom 16. März 1921 einen für die armenische Seite bis heute inakzeptablen Kompromiss fest: Nachitschewan erhielt Autonomiestatus unter aserbaidtschanischer Oberhoheit, Nagorny-Karabach sollte als Autonomes Gebiet ganz bei Aserbaidtschan bleiben. In Bittschriften und Memoranden an die obersten Partei- und Regierungsorgane wiesen die Karabacher wiederholt, so z.B. 1962, 1965, 1967 sowie 1986/87, auf ihre Diskriminierung hin und baten um den Anschluss an Armenien. Die aserbaidtschanische Seite setzte dem entgegen, dass für 161 000 Aseris (Selbstbezeichnung der Aserbaidtschaner) in Armenien keinerlei Autonomie bestehe.

1987 wurden die Gebietsansprüche zum Prüfstein für den Reformwillen Michail Gorbatschows. Nachdem er eine armenische Petition zur Angliederung Nagorny-Karabachs erhalten hatte, zeigten sich in Moskau Signale der Kompromissbereitschaft. Massendemonstrationen in Jerewan und Karabach sowie Vertreibungen ethnischer Aseris aus Armenien und Karabach heizten den Konflikt auf. Zusammenstöße im Dorf Tschadakli, wo die armenische Bevölkerungsmehrheit sich weigerte, die Ernennung eines aserischen Kolchosvorsitzenden zu akzeptieren, und Massakern an Armeniern in Sumgait im Februar 1988 folgten Übergriffe auf aserbaidtschanische Siedlungen in Armenien sowie Streiks, Demonstrationen und weitere Flüchtlingsströme. Obwohl der Oberste Sowjet der UdSSR einen Antrag des Gebiets Sowjets von Karabach auf Anschluss an Armenien vom 20. Februar 1988 zurückwies, beschlossen am 12. Juli 1988 die obersten Partei- und Gebietsorgane Karabachs diesen Schritt selbstständig.



picture-alliance/dpa

Krieg um Nagorny-Karabach: Sowjetische Panzer an der Grenze zwischen Armenien und Nachitschewan, 22. Januar 1990.

Da demokratische Mechanismen und Erfahrungen zur Konfliktbeilegung fehlten, erwartete man in Baku zunächst Schutz von der Zentralregierung in Moskau. Diese antwortete jedoch nicht mit einer Unterstützung der aserbaidischen Position, sondern entmündigte de facto die Regierung, indem sie 1989 Nagorny-Karabach der Direktverwaltung Moskaus unterstellte. Als am 2. und 7. Dezember 1989 sowohl der Oberste Sowjet Armeniens als auch ein »Nationalrat Nagorny-Karabach« die Vereinigung erklärten, eskalierte der Konflikt weiter. Mitte Januar 1990 wüteten anti-armenische Pogrome in Aserbaidjan, die als Anlass für den Einmarsch sowjetischer Truppen in Baku dienten. Ab Februar 1992 ging Armenien in die Offensive und weitete diese ab April 1993 auch über die Grenzen Nagorny-Karabachs hinaus aus. Im Mai 1992 eroberten armenische Truppen den Landkorridor, der die Exklave mit Armenien verband, weitere Gebiete außerhalb Nagorny-Karabachs folgten. Erst im Mai 1994 gelang ein Waffenstillstand. Die Zahl der Opfer des Konfliktes wird auf 18 000 bis 50 000 Tote geschätzt. 2007 befanden sich in der Region 785 600 Flüchtlinge und Vertriebene, 576 200 kamen aus Aserbaidjan (Nagorny-Karabach und besetzte Gebiete), 190 400

stammten aus Armenien. Seit dem 24. März 1992 agiert die »Minsker Gruppe« (KSZE/OSZE) als internationaler Vermittler.

Die Autonome Republik Nachitschewan ist eine Exklave der Republik Aserbaidschan mit ca. 362 000 Einwohnern (2008) bei einer Fläche von 5500 km². Umschlossen von den Grenzen zu Armenien, Iran und der Türkei trennen das Territorium etwa 50 km Luftlinie vom aserbaidshianischen Mutterland. 1989/90 entstand hier ein Konflikt im Grenzgebiet zu Iran, als muslimische Nationalisten die Grenzbefestigungen zerstörten und eine Wiedervereinigung mit den auf iranischer Seite lebenden Aserbaidschanern forderten. Die Rückkehr zur Macht von Präsident Alijew 1993 wurde auch damit erklärt, dass er den Ausbruch eines Konfliktes zwischen Nachitschewan und Armenien zu verhindern verstand.

Regierung der volksgewählte Präsident eine starke Stellung einnahm. Befürchtungen über eine autoritäre Wende in der armenischen Politik bestätigten sich in mehrfacher Hinsicht. Ein umstrittener Wahlsieg 1996, das Verbot der traditionellen Daschnakutjun-Partei (vgl. den Beitrag von Bernhard Chiari) und eine kompromissbereite Politik in der Karabach-Frage führten zum Sturz Ter-Petrosjans im Februar 1998 durch den damals amtierenden Ministerpräsidenten und ehemaligen Präsidenten der (international nicht anerkannten) Republik Nagorny-Karabach, Robert Kotscharjan.

Ein Attentat im armenischen Parlament stürzte das Land am 27. Oktober 1999 in eine tiefe Führungskrise. Bei dem Anschlag starben acht Politiker, darunter Ministerpräsident Wasken Sarkissjan sowie Parlamentspräsident Karen Demirtschan. Die Bluttat zog eine regelrechte »Karabachisierung« Armeniens nach sich: Gebürtige Karabacher nahmen lokale und regionale Schlüsselpositionen in Politik und Wirtschaft ein. Ämterkauf, Begünstigung im Amt, Vetternwirtschaft sowie die »Immunsierung« von Oligarchen durch ihre Wahl ins Parlament gingen einher mit einem zunehmenden Ausverkauf der begrenzten Ressourcen des Landes an die mächtige russische Wirtschaft im Rahmen der engen »strategischen Partnerschaft« mit der Russischen Föderation.



picture-alliance/dpa

Der russische Präsident Boris Jelzin (rechts) und sein armenischer Amtskollege Lewon Ter-Petrosjan unterzeichnen am 29. Dezember 1991 in Moskau ein Abkommen über die gegenseitige Anerkennung der Unabhängigkeit beider Staaten.

Robert Kotscharjan konnte die Präsidentschaftswahlen 2003 im zweiten Anlauf nochmals für sich entscheiden. Eine vom Europarat geforderte Verfassungsänderung mit größeren Rechten für das Parlament trat im Januar 2006 in Kraft. Die Präsidentschaftswahlen im Februar 2008 gewann der Wunschkandidat Kotscharjans, der frühere Ministerpräsident Sersch Sarkissjan. Die politische und sozio-ökonomische Lage im Land bleibt angespannt: Bereits im Vorfeld der Wahlen von 2008 kehrte Lewon Ter-Petrosjan in die Politik zurück und sammelte die Opposition. Massenproteste wegen angeblicher Wahlfälschungen unter seiner Führung ließ die Regierung am 1. März blutig niederschlagen – acht Tote waren zu beklagen – und verhängte für vier Wochen den Ausnahmezustand. Die dramatischen Ereignisse der jüngsten Vergangenheit zeigten den Unmut der Bevölkerung. Dieser richtet sich vor allem gegen den Ausverkauf des Landes, die Monopolisierung der Macht in den Händen der Karabach-Armenier und zunehmende soziale Unterschiede im Land. Bei einer wirtschaftlichen Stabilisierung auf dem Stand von 1989 bleibt Armenien abhängig von der finanziellen Unterstützung der armenischen Diaspora und insbesondere von den Überweisungen der ca. 2,5 Mio. Migranten allein in Russland.

Der Karabach-Konflikt und die Unabhängigkeitsbewegung Aserbaidschans

Aserbaidshan gehört mit 8,5 Mio. Einwohnern und einer Fläche von 86 600 km² (dies entspricht etwa der Ausdehnung Bayerns und Thüringens) zu jenen Nachfolgestaaten der UdSSR, welche Dank ihrer erkundeten bzw. vermuteten Vorkommen an Erdöl und Erdgas erhebliche weltwirtschaftliche und damit auch geopolitische Aufmerksamkeit auf sich ziehen (vgl. den Beitrag von Dieter H. Kollmer). Mit einer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung fühlen sich die Aserbaidshaner sowohl Kaukasien und der Kaspischen Region als auch Europa zugehörig. Muslimische, kaukasische und europäische Identitäten stehen dabei keineswegs im Widerspruch, sondern werden als Chance erkannt, den Prozess der Integration eines säkularen, demokratischen und marktwirtschaftlich orientierten Staates in Richtung Europa voran zu treiben. Zugleich warnen nationale wie internationale Beobachter vor einem »nigerianischen Weg« der Korruption und des Ausverkaufs der Ressourcen.

Im Unterschied zu Georgien kann in Aserbaidshan vor 1988 kaum über *Dissidentengruppen* als Vorläufer einer nationalen *Volksfrontbewegung* gesprochen werden. Die Träger nationaler Emanzipation gingen v.a. aus der neuen nationalen Bildungs- und Führungselite hervor, die ihre Ausbildung in den 1970er-Jahren an Universitäten und Hochschulen in- und außerhalb der Republik erhielt. Zu diesen potenziellen Reformern gesellten sich solche Kräfte, die ihr Geld auf dem Schwarzmarkt verdienten und zunehmend nach günstigeren Verwertungs- bzw. Konsumbedingungen für angesammeltes Kapital verlangten, als sie das Sowjetsystem bot. Hinzu traten flexible Elemente der sowjetischen Nomenklatura, die angesichts einer immer desolateren Wirtschaft seit Beginn der 1980er-Jahre in marktwirtschaftlichen Elementen die Chance der Systemerhaltung oder eines Karriereschubs sahen. Ähnlich wie in Georgien und Armenien spielten Fragen der nationalen Identität, vor allem definiert über Sprache, Geschichte und Territorium, bereits seit den 1970er-Jahren eine Rolle. Die Ereignisse um das Territorium Nagorny-Karabach waren dann der eigentliche Katalysator, um ab 1988 die

verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte im Land in einer Sammlungsbewegung zu vereinigen. Unter dem Druck der Ereignisse in Armenien und Karabach und den damit verbundenen Massenprotesten wurde in Aserbaidschan bereits am 23. September 1989 eine erste Souveränitätserklärung verabschiedet. Auslöser des Umschwenkens von einer »Nur-Karabach« zur Unabhängigkeitsbewegung war der Schock des 19. und 20. Januar 1990, als sowjetische Truppen in Aserbaidschan vorrückten, 131 Menschen töteten und Hunderte Verletzte zu verantworten hatten. In der Folge brach die aserbaidschanische Führung mit der Moskauer Zentralregierung, Massenaustritte aus der KPdSU folgten. Verhaftungen und Verbote führten zur Lähmung der Opposition und zu einer Vertiefung der Gräben innerhalb der Bürgerbewegung, während zahlreiche neue Klein- und Kleinstparteien entstanden. In dieser Phase ging die politische Initiative von der Intelligenzija des Landes auf die reformbereite Nomenklatura über: Ajas Mutalibow – ab dem 24. Januar 1990 Vorsitzender des Obersten Sowjets und ab September 1991 erster gewählter Präsident der neuen Republik – leitete einschneidende Maßnahmen zur wirtschaftlichen Transformation ein. Sein Programm – Machtstabilisierung, kontrollierter Übergang zur Marktwirtschaft, territoriale Integrität der Republik (d.h. gegen eine Ausgliederung Karabachs) – waren die Grundlage für eine pragmatische Reformpolitik, die mit dem Blick auf wirtschaftliche Zwänge auch die Mitarbeit in der GUS einschloss. Die Ursachen von Mutalibows Scheitern verweisen auf grundlegende Probleme des angestoßenen Transformationsprozesses: Es gelang nicht, die unterschiedlichen politischen Kräfte des Landes an der Macht zu beteiligen. Mutalibow unterschätzte die Macht traditioneller, sowjetisch überformter Clan- und Gefolgschaftsstrukturen und vernachlässigte daneben den Aufbau einer Bürgergesellschaft. Mit der Verstaatlichung der Erdölindustrie und der Aufnahme von Verhandlungen mit westlichen Konsortien hatte man sich zugleich Russland zum Gegner gemacht.

Letztlich waren jedoch alle Reformansätze hauptsächlich der Eigendynamik des Karabach-Problems unterworfen. Nachdem im Januar 1992 in Karabach ein eigenständiges Parlament die Macht beanspruchte, rückten am 26. Februar armenische Truppen auf der Linie Stepanakert–Martakert–Chodschali vor und

richteten unter der Bevölkerung ein Massaker an. Am 6. März 1992 mußte Mutalibow seinen Rücktritt erklären. Unter Vorsitz des Aktivisten der Volksfront und Wiederbegründers der Musavat-Partei (Erstgründung 1911), Isa Gambar, wurden Neuwahlen vorbereitet. Diese gewann am 7. Juni mit 59 Prozent der abgegebenen Stimmen der Vorsitzende der Volksfront, der mit 81 000 Mitgliedern stärksten Oppositionsbewegung, Abulfas Eltschibei. In der öffentlichen Wahrnehmung hinterließ das »Experiment Eltschibei« vor allem Erinnerungen an eine überstürzte Sprachreform (Einführung der Lateinschrift anstelle des modifizierten kyrillischen Alphabets), verbunden mit einer protürkischen Ausrichtung sowie an den Verlust Karabach benachbarter Rayons (Verwaltungseinheiten vergleichbar mit Landkreisen) im Frühjahr 1993.

Mit einem Marsch auf Baku forderten aserbaidtschanische Militärs am 6. Juni 1993 den Rücktritt der Regierung. Als Vermittler war laut Verfassung der Parlamentspräsident Nachitschewans gefragt, und in dieses Amt hatte sich im Schatten der Bakuer Ereignisse der ehemalige KGB-Chef (bis 1969) und KP-Sekretär (bis 1982) Gaidar Alijew wählen lassen. Er wurde kommissarischer und am 3. Oktober 1993 gewählter Präsident der Republik. Sein Kurs zur Stabilisierung der Verhältnisse und zur Festigung seiner persönlichen Macht brachte erstens die Abrechnung mit politischen Gegnern und die persönliche Kontrolle der Exekutive.



Aserbaidtschans First Lady Mahriban Alijewa, Präsident İlham Alijew und sein türkischer Amtskollege Abdullah Gul mit Frau (v.l.n.r.) in Baku, 7. November 2007.



picture-alliance/dpa

Die Opposition demonstriert in Baku gegen die Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 6. November 2005. Von 115 Parlamentssitzen gewann die Partei Präsident Alijews 56, die regierungsfreundliche Vaterländische Partei drei. 40 Mandate gingen an unabhängige Kandidaten, die jedoch ebenfalls überwiegend dem Regierungslager nahe stehen. Auf die Opposition entfielen lediglich 16 Parlamentssitze.

Der Präsident erhielt das Recht, über Erlasse und Direktiven unmittelbar zu regieren und verpflichtete alle politischen Parteien zu einem neuen Registrierungsverfahren. Zweitens führte Alijew die Wirtschaftsreformen fort und sicherte seine Herrschaft u.a. durch die Unterzeichnung eines »Jahrhundertvertrages« mit internationalen Erdöl-Konsortien am 20. September 1994. Eine pragmatische Außenpolitik beinhaltete drittens die Durchbrechung der außenpolitischen Isolation des Landes etwa durch Partnerschaftsverträge mit der NATO sowie die Aufnahme in den Europarat 2001. Sie ermöglichte gleichzeitig die Normalisierung des Verhältnisses zu Russland, Iran und der Türkei. In regionale Konflikte wie in Tschetschenien und Abchasien wurde Aserbaidschan nicht hineingezogen. Viertens schlug Alijew Autonomiebestrebungen im eigenen Machtbereich nieder – so etwa im Fall der Talysch-Mugan-Republik im Sommer 1993 – und unterdrückte die Entstehung neuer Konfliktherde. Alijew schloss schließlich fünftens im Mai 1994 im Konflikt um Nagorny-Ka-

rabach einen Waffenstillstand (bis zu diesem Zeitpunkt waren 14 167 km² aserbaidjanischen Staatsterritoriums besetzt). Mit den Wahlen eines neuen, 125-köpfigen Parlaments (mehrheitlich aus der Alijew-Partei »Neues Aserbaidjan«) und der Annahme einer neuen Verfassung fand der Konsolidierungsprozess am 12. November 1995 ein vorläufiges Ende. Die autoritäre Macht des Präsidenten sicherte nun die Verfassung.

Für die Opposition folgten schwere Zeiten. Die Niederschlagung separatistischer Bewegungen ging einher mit politischen Prozessen gegen Mitglieder der Volksfrontregierung. Tatsächliche oder behauptete Umsturzversuche dienten als Vorwand für die Liquidierung potenziellen militärischen Widerstandes. Im März 1995 schlugen Regierungstruppen eine Erhebung des letzten »Warlords« des Karabach-Krieges und Leiters einer Sondertruppe des Innenministeriums, Rowschan Dschawadow, nieder. Unaufgeklärte politische Morde an Intellektuellen und Vertretern der Medien, Verhaftungen bzw. faktische Berufsverbote für Journalisten, Einschränkungen für Parteien bzw. Verbote kritischer Medien schwächten die Opposition. Politikmüdigkeit und Resignation in breiten Bevölkerungsschichten begünstigten bei den Präsidentschaftswahlen am 15. und 16. Oktober 2003 die Machtübergabe an Alijews Sohn Ilham. Massenproteste gegen die Wahlergebnisse wurden – mit stiller Zustimmung westlicher Beobachter – brutal niedergeschlagen. Ilham Alijew trieb die Sicherung der Präsidentschaftsmacht weiter voran, ließ im November 2005 einige Minister und höhere Funktionsträger aus der alten Garde seines Vaters verhaften und »kriminelle Banden« innerhalb des Staatsapparates liquidieren.

Die wachsenden Staatseinnahmen, die in den nächsten 20 Jahren allein auf dem Erdölsektor in dreistelliger Milliardenhöhe liegen dürften, stützen die Regierung Alijew nachhaltig. Freilich schüren sie auch politische Begehrlichkeiten, denen sich das Regime ausgesetzt sieht. Ein Gegensteuern mittels Ausbau der Infrastruktur, die Diversifizierung der Wirtschaft, eine Hebung des allgemeinen Lebensstandards sowie die Förderung einer Zivilgesellschaft sind vor diesem Hintergrund dringend geboten.

Eva-Maria Auch